

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (G. V.) — Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensburg bei Herrn Vinus Friedemann; in Penitz bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kisten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unser Anzeiger hat der Bezahler keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Herrn Sprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Ercheint werktägl. Nachm. Bezugspreis v. 1.-30. Juni im voraus 150 G.-Pfg. freibl., ausschl. Trägersl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 Gesp. Petitzelle 0,10 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,15 Goldmark, 3 Gesp. Reklamezeile 0,45 Goldmark, Sinntafel auf Anzeigen und Einzelandte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,10 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postfachamt Waldenburg. Postfach Nr. 4436. Postfachamt Waldenburg. Postfach Nr. 16. Kabinate gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Einziehung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 140

Mittwoch, den 18. Juni 1924

46. Jahrgang

## Die Ruhrbesetzung bleibt bestehen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag mit der Ausreiseperrre. Ihre Aufhebung wurde beschlossen.

Reichsfinanzminister Dr. Luther äußerte sich über die deutsche Kreditnot.

Die deutsche Industrie leidet unter dem Mangel an Aufträgen.

In Berlin wurden am Sonntag kommunistische Kundgebungen zu veranlassen gesucht.

In Potsdam wurde am Sonntag ein Denkmal für die Gefallenen des 1. Garderegiments eingeweiht.

Zu der Versammlung der preussischen Haus- und Grundbesitzervereine in Frankfurt wurde die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft gefordert.

Die Berufung des Generals Nollet zum Kriegsminister hat in parlamentarischen Kreisen in Paris großes Aufsehen erregt.

Die französische Regierungserklärung kündigt die Fortführung der bisherigen Ruhrpolitik an.

Herriot plant eine Konferenz mit den Belgiern.

Die Nachricht von der Aufhebung der Leiche des ermordeten Abgeordneten Matteotti bekämpft sich nicht.

Zu Albanien ist die neue Regierung wieder gestürzt.

Die Amerikaner verlassen Japan.

Waldenburg, 17. Juni 1924.

Gustav Doumergue, der nunmehrige Präsident der französischen Republik, ist ein Protektant, und zwar ein sehr eifriges Mitglied seiner Kirche. Mit ihm ist zum ersten Male ein nichtkatholisches Staatsoberhaupt in Paris gewählt worden. Die Religion wird indessen keinen Einfluß auf die Amtsführung Doumergues ausüben, denn seine Wahl ist aus von den überzeugten katholischen Abgeordneten erfolgt, die ihm nicht ihre Stimme gegeben haben würden, wenn sie nicht überzeugt gewesen wären, daß der Protestant Doumergue sich in konfessionelle Fragen nicht einmischen wird. Es handelte sich für die Parteien der Rechten darum, den Kammerpräsidenten Painlevé von der Berufung zum Präsidenten der Republik auszuschalten, und deshalb wurde über den Protestantismus Doumergues hinweggesehen. Die politische Anschauung des letzteren steht in ziemlich starkem Gegensatz zu dem Radikalismus und Sozialismus des Kammerpräsidenten Painlevé und des neuen Ministerpräsidenten Herriot. Bezeichnend ist, daß Doumergue im Senat im Januar 1923 beantragte, die Rede Poincarés, durch welche dieser die Ruhraktion ankündigte, in ganz Frankreich öffentlich anzuschlagen.

Die Ernennung des Ministeriums Herriot ist unmittelbar nach der Wahl des Staatsoberhauptes erfolgt, so daß also doch zwei Wochen seit dem Rücktritt Poincarés vergangen sind. Herriots Programm ist Angriffen von beiden Seiten ausgesetzt. Die Engländer haben die Hoffnung, sich mit ihm wegen der Reparationen und der Räumung des Ruhrgebietes zu einigen, und auch der deutsche Reichskanzler Marx rechnet mit Herriot auf eine Verständigung unter der Voraussetzung, daß die deutschen Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr aus Paris anerkannt werden. Die Anerkennung der Hoheitsrechte bedeutet also die Freigabe des Ruhrgebietes und später des Rheinlandes. Wir werden sehen, ob die französische Regierung sich von den antideutschen Agitationen befreien kann, um diese Zugeständnisse bewilligen zu können, für welche die deutsche Reichsregierung das Dawes-Gutachten annehmen will.

Die radikal-sozialistischen Parteien in Paris werden nicht dulden, daß sich ihr Führer von dem Präsidenten Doumergue irgend welche Vorchristen machen lassen wird. Die Parteien der Rechten sind darauf gefaßt, daß ihre radikalen Gegner noch sehr weitgehende Forderungen stellen werden und machen deshalb aus ihrer Erbitterung kein Hehl.

Millerand und Poincaré haben beide erklärt, daß sie aus dem politischen Leben nicht ausscheiden werden. Der letztere will sich zum Präsidenten des Senats wählen lassen, der erstere will sich um ein Mandat zur Deputiertenkammer bewerben. Nach der französischen Verfassung wird jeder Staatspräsident lebenslängliches Mitglied des Senats. Für Poincaré.

Der seine sieben Präsidentenjahre zurückgelegt hat, trifft das ohne weiteres zu, Millerand, der bei seinem Rücktritt von den sieben Jahren erst drei absolviert hatte, indessen nicht, und er muß sich deshalb erst neu zum Abgeordneten wählen lassen, um wieder eine Rolle spielen zu können.

### Hausbesitz gegen Regierung.

Fort mit der Wohnungszwangswirtschaft!

In Frankfurt a. M. fand im Schumann-Theater die große öffentliche Versammlung des Preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine statt. Die Sitzung nahm zuzeiten einen äußerst stürmischen Verlauf. Man war sich einig in der Beurteilung der jetzigen Wohnungspolitik der Regierung. Die Staatsressorts, die im Kampf mit dem Führer des Verbandes liegen, waren nicht vertreten.

Der erste Referent, Generalsekretär Dr. Frank-Berlin, verbreitete sich über die den Haus- und Grundbesitz betreffenden Teile der dritten Steuernotverordnung. Er verteidigte den Hausbesitz gegen den Vorwurf, der böswilligen Bereicherung auf Kosten des Hypothekengläubigers. Schuld an der Gefährdung dieser Gläubiger sei die nicht zu verantwortende Politik, die die Regierung während der Inflationszeit auf dem finanziellen Gebiete getrieben habe. Hier liege der Grund für die Ausplünderung und Verarmung des deutschen Volkes. Das, was der Hausbesitz in dieser Zeit verloren habe, sei mehr an Wert als eine reguläre zweite Hypothek. Der Redner wandte sich dann scharf gegen die bisherige Wohnungspolitik der Regierung, die das Ziel habe, den deutschen Hausbesitz zu zerstören, das Privatkapital zu vernichten und auf dem Schutthaufen den sozialistischen „Freiheitsstaat“ zu errichten.

Rechtsanwalt Dr. Walter-Berlin brachte ein vom Volkswohlfahrtsministerium an den Abgeordneten Ladendorff ergangenes Schreiben zum Vortrag. Der Minister erklärt, daß er, solange ihm nicht genügend erscheinende Gegenerklärungen gegeben worden seien, den Abgeordneten Ladendorff nicht mehr empfangen werde, daß er seinen Beamten verboten habe, in dienstlichen Angelegenheiten mit dem Abgeordneten zu verhandeln, und daß er zu Verhandlungen in dem Ministerium nicht mehr zugezogen werde. Tagungen, denen Ladendorff vorstehe, würden vom Ministerium nicht mehr befohlen werden. Unter brausendem Beifall erklärte Dr. Walter, die Sache des Vorsitzenden sei Sache der Verbandsmittglieder.

Abg. Ladendorff gab dann nochmals eine Erklärung ab, in der er betonte, er sei bereit, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten für alles, was er gesagt habe.

In einer sodann einmütig angenommenen Entschließung erklärt der Verband seine Entrüstung über das Schreiben des Ministers. Die Erklärung des Abg. Ladendorff habe die Versammlung voll befriedigt. Die Heberspannung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen werde als das größte Verbrechen in der nach-revolutionären Zeit erachtet. Dem Abg. Ladendorff wird vollstes Vertrauen ausgesprochen.

### Der Kurs bleibt der alte.

Weshalb Nollet Kriegsminister wurde.

Daß Herriot zum Kriegsminister seines angeblichen „Versöhnungskabinetts“ ausgerechnet den General Nollet ernannt hat, hat ausgiebig solche Verblüffung erregt, daß sich Herriot veranlaßt sieht, in einer vom 17. Juni veröffentlichten Erklärung die Ernennung Nolllets wie folgt zu begründen:

Die Kompetenz des Kriegsministers Generals Nollet ist unumstritten. Nollet ist der Mann, der in der ganzen Welt die militärische Lage Deutschlands am besten kennt. Ich wünsche, daß man seiner Erhebung zum Kriegsminister die wahre Bedeutung beimißt. Deutschland ist im Begriff, eine ähnliche Operation zu vollziehen, wie nach dem Frieden von Tilsit im Jahre 1806. Es instruiert seine Jugend auf einer breiten Grundlage für den Militärdienst, und zwar vor allem durch das Mittel der angeleglichen Turnvereine. Mein Ministerium wird Deutschland gegenüber eine verhältnißmäßige Politik (?) betreiben.

Wir sind vom besten Willen (?) besetzt. Wir werden alles tun, um der jungen deutschen Demokratie zu helfen. Der Reaktion und den Nationalisten gegenüber werden wir aber eine unerbittliche Strenge an den Tag legen. Der deutsche Nationalismus wird hier jemand finden, mit dem er zu rechnen haben wird, denn wir haben nicht nur die Rechte Frankreichs zu wahren, sondern auch die Rechte der Demokratie in der ganzen Welt.

Die Erklärung hat in den Pariser Rechtskreise sehr beruhigend gewirkt. Man weiß jetzt: In Bezug auf Deutschland bleibt der Kurs der alte. Jedenfalls wird man bei uns in Deutschland gut tun die Hoffnungen auf das Kabinett Herriot auf ein Minimum herunterzuschrauben.

In Kabinettsitzungen, die am Sonntag und Montag stattfanden, wurde über das Regierungsprogramm beraten. Angeblich soll

die Regierungserklärung

etwa folgendes bejagen:

Herriot wird seine Außenpolitik auf dem Frieden durch die Entente der Völker aufbauen. Dazu will er besonders die Befugnisse des Völkerbundes erweitern und auch der Frage der Zulassung Deutschlands und Rußlands zum Völkerbund näher treten. Die rückhaltlose Anerkennung des Sachverständigenberichts bildet für ihn den Angelpunkt seiner Politik gegenüber Deutschland.

Wie seine Partei stets die Politik Poincarés bekämpft hat, da sie zur diplomatischen Isolierung Frankreichs führe und die Befestigung und Erweiterung von Territorien anderer Völker im Widerspruch zu alten Verträgen und Bestimmungen steht, wird Herriot auch in der Regierungserklärung ganz ausführlich diese Politik Poincarés behandeln. Aber er wird es für unmöglich bezeichnen, die Ruhr zu räumen, bevor die vom Sachverständigenbericht vorgeschlagenen Pfänder vertraglich festgelegt und den internationalen Organisationen überliefert sind. In gleicher Weise soll auch die Militärkontrolle in Deutschland fortgesetzt werden. Keine grundlegende Änderung, sondern höchstens ein Wechsel in der Methode.

Im übrigen enthält die Regierungserklärung folgende Programmpunkte:

**Innenpolitik:** Verkürzung der Militärdienstzeit durch eine Reorganisation der Armee; Wiedereinstellung der im Jahre 1920 von Millerand entlassenen Eisenbahner.

**Finanzpolitik:** Aufhebung der Verordnungsgesetze; Aufnahme einer genauen Inventur der französischen Finanzen; scharfe Unterdrückung des Steuerbetruges; genaue Durchführung der Einkommensteuer; Aufrechterhaltung der Staatsmonopole; Wiedereinführung des Bündholzmonopols.

**Sozialpolitik:** Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterorganisationen; Achtung des Achtstundentages und der gewerkschaftlichen Rechte; rasche Durchführung der Versicherungsvorschläge; Anerkennung der Beamtengewerkschaft.

Es besteht kein Zweifel, daß Herriot sowohl in der Kammer wie im Senat eine beträchtliche Mehrheit bei der Abstimmung über seine Regierungserklärung erreichen wird. In der Kammer rechnet man mit 120 bis 140 Stimmen Mehrheit. Die Mehrheit der Kammer wird alles daran setzen, die Regierungserklärung vor Sonnabend zur Abstimmung zu bringen, damit Herriot seinem Wunsche gemäß den Sonnabend und Sonntag frei hat, um seine Zusammenkunft mit MacDonald zu verwirklichen.

### Der Fall Graff.

Verhandlungen vor dem Stettiner Schwurgericht.

Vor dem Stettiner Schwurgericht begann am Montag der Prozeß gegen die ehemaligen Schupobeamten Kaws, Schwirrat und Engeler, denen zur Last gelegt wird, den belgischen Leutnant Graff ermordet zu haben.

Am 20. März wurde im unbesetzten Gebiet der deutsche Schutzpolizist Schmielewski von dem belgischen Polizeigenossen Schmitz getötet. Der Belgier wurde vom belgischen Gericht in der ersten Instanz zu einem Jahr Gefängnis und zur Geldstrafe verurteilt. Diese Strafe wurde in der Berufungsinstanz auf sechs Monate Gefängnis ermäßigt. Zwei Tage nach der Erschießung des Schmielewski, am 22. März 1922, wurde an der gleichen Stelle, an der die Erschießung des Schmielewski erfolgte, der belgische Leutnant Graff erschossen. Graff ist dabei allem Anschein nach das Opfer einer Verwechslung geworden, denn nicht Graff, sondern